



Meinen, München

Michael Wendl: Formierte Arbeitsgesellschaft? Zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission

Michael Wendl, geb. 1950 in Mudersbach/Sieg, Studium der Soziologie und Volkswirtschaftslehre, seit 1980 Gewerkschaftssekretär bei der ÖTV, von 1996 bis 2001 Vorsitzender, ist seit 2001 Stellv. Landesbezirksleiter ver.di Bayern.

Die medienwirksame Botschaft der Hartz-Kommission lautete: Bis Ende des Jahres 2005 kann durch die Umsetzung der Vorschläge die registrierte Arbeitslosigkeit halbiert werden. Diese Aussage ist zu recht kritisiert worden, sowohl aus der Sicht der neoklassischen Wirtschaftslehre wie aus jener der keynesianischen Theorie. In der neoklassisch fundierten Sicht ist in der Tat der Arbeitsmarkt die entscheidende Ebene für die Ausweitung der Beschäftigung. Wenn der Arbeitsmarkt wie ein Gütermarkt funktioniert, kann sich bei einem Überangebot von Arbeitskräften ein „markträumender Gleichgewichtslohn“ herausbilden, der Vollbeschäftigung ermöglicht, lautet das Argument.¹ Aus der Sicht der Keynesischen Theorie wird dem entschieden widersprochen. Ausschlaggebend für die Beschäftigung ist demnach nicht der Arbeitsmarkt, sondern der Geldvermögensmarkt. Von diesem ist der Gütermarkt, davon wiederum der Arbeitsmarkt abhängig. Lohnsenkungen auf dem Arbeitsmarkt schwächen die effektive Nachfrage und vergrößern dadurch die Arbeitslosigkeit.² Aus neoklassischer Sicht gehen die Vorschläge der Hartz-Kommission zwar in die richtige Richtung, greifen aber zu kurz, weil sie das System der Lohnfindung insgesamt nicht zur Disposition stellen.³ Aus keynesianischer Sicht sind die Vorschläge im besten Fall wirkungslos, im schlechtesten Fall vergrößern sie die Arbeitslosigkeit, weil sie durch die Ausweitung und Stärkung eines Niedriglohnssektors das Tarifvertragssystem insgesamt unter Druck setzen und die Erosion der Flächentarifverträge beschleunigen. Das neoklassische Lohn- und Beschäftigungsmodell ist nicht schlüssig. Zuletzt hat Stützel⁴ darauf hingewiesen, dass bei Lohnsenkungen unterhalb eines gegebenen Existenzminimums die betroffenen Arbeitskräfte gezwungen werden, mehr Arbeitskraft anzubieten (Zweit- und Drittjobs) und dadurch das Überangebot an Arbeitskräften nicht verringert wird. Nach wie vor gilt Keynes Erkenntnis aus den Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932, dass Lohnsenkungen in einer Wirtschaftskrise zu einer rezessiven Spirale nach unten und gerade nicht zu einem konjunkturellen Aufschwung führen. Aus dieser makroökonomischen Sicht muss die gesamte Stoßrichtung des Hartz-Konzeptes als falsch kritisiert werden.

Trotzdem kann dieses Konzept nicht einfach als eine „sozialdemokratische“ Variante des neoklassischen Modells analysiert und bewertet werden. Hartz' Konzept basiert auf seinen

1 Siehe Winfried Vogt, Warum gibt es Massenarbeitslosigkeit?, in: Rudolf Hickel (Hrsg.), Radikale Neoklassik, Opladen 1986.

2 Siehe Michael Heine/Hansjörg Herr, Volkswirtschaftslehre, Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie, München/Wien 1999, S. 195-196.

3 Wolfgang Ochel/Martin Werding, Und wo kommen die Arbeitsplätze her? Kritische Anmerkungen zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission, in: ifo-Schnelldienst 15/2002.

4 Wolfgang Stützel, Marktpreis und Menschenwürde, Bonn 1983, S. 77.

Erfahrungen als Arbeitsdirektor des VW-Konzerns: „Nach sieben Jahren Erfahrung mit dem ‚atmenden Unternehmen‘ an über 40 Standorten in der Welt kann gesagt werden, dass sich mindestens 90 % der Beschäftigungsprobleme kostenorientiert lösen lassen, ohne zu entlassen.“⁵ Der Grundgedanke einer „atmenden“ Fabrik, in der Arbeitszeit und Entgelt nicht mehr starr, sondern flexibel miteinander verbunden werden, wird auf die Gesamtwirtschaft zu übertragen versucht. Das VW-Modell, d.h. Arbeitskostensenkung ohne Beschäftigungsabbau, funktioniert aber nur in einer mikroökonomischen Perspektive. Insgesamt hat in der Automobilindustrie dagegen ein Beschäftigungsabbau stattgefunden, zu Lasten der konkurrierenden Automobilkonzerne. Die Hartzsche Sicht ist makroökonomisch nur dann plausibel, wenn sie mit dem verbunden wird, was Keynes in der General Theory als „Verstaatlichung der Investitionen“⁶ bezeichnet hat. Es reicht für eine Beschäftigungsstrategie nicht, nur das Angebot an Arbeitskräften schneller zu vermitteln und besser zu qualifizieren. Es müssen auch die Bedingungen für eine verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften geschaffen werden. Im Gegensatz zur neoklassischen Lehre funktioniert das nicht über die Lohnsenkungsgröße, sondern über die Ausweitung der effektiven Nachfrage. In der Keynesischen Sicht sollte das über eine „sozial geleitete Investitionsrate“ geschehen. Voraussetzung dafür war eine politische Umverteilung zugunsten des „Hangs zum Verbrauch“, d.h., es sollten die Teile des Einkommens weggesteuert werden, die nicht zum Konsum verwendet werden. Aber auch wenn das aus politischer Rücksichtnahme nicht gewagt wird, ist eine andere makroökonomische Politik möglich. Diese zielt auf eine expansive Geldpolitik der Zentralbank und eine expansive Fiskalpolitik des Staates. Daran wird aber weder in der Europäischen Zentralbank noch in der Bundesregierung gedacht. Im Gegenteil: Beide Akteure halten an ihren Vorgaben einer geldwertfixierten Stabilitätspolitik und der Einschränkung staatlicher Ausgaben fest. Ohne diesen neuen makroökonomischen Rahmen führt die gezielte und dosierte Deregulierung des Arbeitsmarktes nicht zu positiven Beschäftigungseffekten.⁷ Wenn Schmid u.a. die Hoffnung aussprechen, das „kühne Ziel des Abbaus von zwei Millionen Arbeitslosen in den drei Jahren“ rücke „in den Bereich des Möglichen“,⁸ so fehlt dafür jeder Beleg.

Für die Überlegung, die Arbeitsorganisation in der Fabrik als Muster für die Arbeitsgesellschaft als „Gesamtbetrieb“ zu nehmen, kann Hartz kein Urheberrecht beanspruchen. In der neueren Politikgeschichte wurde dieser Gedanke durch einen der Theoretiker der „Formierten Gesellschaft“ der 1960er-Jahre, Eric Voegelin, offen ausgesprochen. Seine Kernthese war, dass die „Regierung einer Industriegesellschaft ausgesprochene Unternehmerfunktionen hat, insofern sie in erster Linie dazu berufen ist, um die Rationalität des Wirtschaftsprozesses im Allgemeinen zu erhalten, die notwendigen Anpassungen und Umschulungen zu finanzieren.“⁹ Damals richtete sich diese Aufforderung gegen die Lohnpolitik der Gewerkschaften, die sich in den Tarifaueinandersetzungen Anteile des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachses aneignen konnte. Der autoritäre Charakter des Korporatismus der „Formierten Gesellschaft“ präsentiert sich heute als vermeintlich sanftes Konsensmodell, das alle Akteure des Arbeitsmarktes in eine Allianz der „Profis der Nation“ einzubinden versucht.

5 Peter Hartz, Job-Revolution, Frankfurt/M. 2001.

6 John M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936/1983, S. 318f.

7 Achim Truger/Eckhard Hein, Koordinierte Makropolitik nach wie vor erforderlich, in: GMH 9/2002, S. 534-543.

8 Günter Schmid/Hugh Mosley/Holger Schütz, Der Beitrag der Arbeitsvermittlung zur Vollbeschäftigung, in: GMH 9/2002, S. 497-505.

9 Zitiert nach Gert Schäfer, Leitlinien stabilitätskonformen Verhaltens, Entwicklungsperspektiven und Gewaltpotentiale rationalisierter Herrschaftsinteressen, in: Gert Schäfer/Carl Nedelmann (Hrsg.), Der CDU-Staat Bd. 2, Frankfurt/M. 1969.

Die Attraktivität dieses Konsensmodells besteht für die Gewerkschaften vermutlich zum einen darin, dass es ein sozialdemokratisches Angebot ist, zum anderen darin, dass es von neoliberaler Seite heftig attackiert wird. In dieser Konstellation haben sich die Gewerkschaften auf ein Mitmachen eingelassen, obwohl die Umsetzung der Hartz-Vorschläge ihre eigene tarifpolitische Handlungsfähigkeit, insbesondere im Niedriglohnsektor, akut gefährden wird. Dass die Gewerkschaften in diese arbeitsmarktpolitische und tarifpolitische „Konsensfalle“ geraten konnten - die ihre Interessen als möglichst autonome Tarifpartei fundamental beeinträchtigt -, basiert auf der zu engen Anbindung an die Politik der rot-grünen Bundesregierung. Hier sind Lernprozesse nötig und möglich.